



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 26. März 2021

Band 15, Ausgabe 6

Themen

- **Corona**
- **Gesundheit**
- **Landwirtschaft**
- **Sport**

«Es ist eine neue Pandemie, es ist nicht einfach der dritte Aufguss. Es ist eine neue Pandemie, die deutlich aggressiver und gefährlicher ist.»

(Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Dienstag zur aktuellen Situation.)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Bis zum Beginn von Corona ging es uns gut | 2 |
| Pandemie weiter bekämpfen | 2 |
| Digitalisierung im Gesundheitswesen | 3 |
| Meilenstein für mehr Transparenz | 3 |
| Sanierungsstau in Sportstätten beenden | 3 |
| EU-Aktionsplan für Ökolandbau vorgestellt | 4 |

Corona: Oster-Lockdown abgesagt

Der geplante Oster-Lockdown zur Bekämpfung der Corona-Pandemie findet nicht wie beschlossen statt. Das teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch dieser Woche dem Deutschen Bundestag und seinen Fraktionen mit.

Merkel bezeichnete die Idee einer fünftägigen Osterruhe, wie sie von ihr und den 16 Ministerpräsidenten der Länder am Dienstag beschlossen worden war, als Fehler. Gleichwohl appellierte sie an die Bürger, sich an bestehende

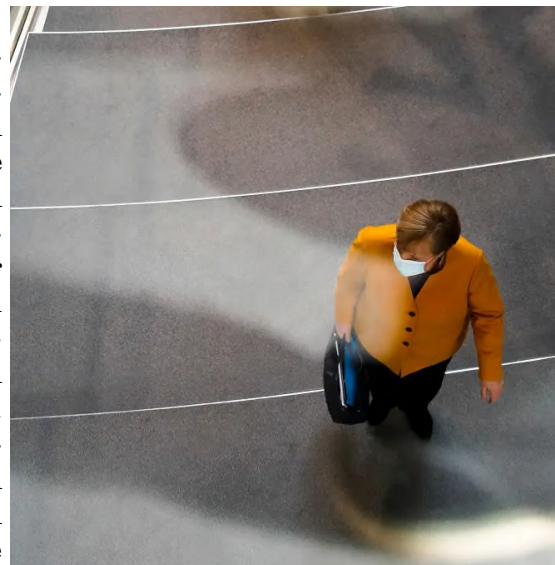
der Zeit nicht realisierbar gewesen. Die Kanzlerin bedauerte, mit dem Plan für Verunsicherung gesorgt zu haben. Für ihr Eingeständnis erhielt sie anhaltenden Applaus. Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, aber

sagt: Wenn die Zahl der Neuinfektionen in einer Region über 100 pro 100.000 Bürger je Woche hinausgeht, müssen Lockerungen wieder zurückgenommen werden. Merkel wies darauf hin, dass mit fortschreitenden Impfungen und Testungen das Virus seinen Schrecken verlieren werde.

Für die Zeit nach der Pandemie kündigte Merkel eine Evaluierung des Regierungshandelns in der Krise an. Ein Schlüssel für bessere und schnellere Reaktionen auf Gesundheitskrisen liege in der Schnittstelle zwischen

Bund und Ländern.

Auch der Unionsfraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus fordert eine bessere Verzahnung der föderalen Institutionen seit geraumer Zeit. Als erste Konsequenz aus den Erfahrungen nannte Merkel die Reform des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das bislang ein Schattendasein geführt und nun ein sehr viel besseres Instrumentarium bekommen habe.



Kontakte - schränkungen zu halten, um die Ausbreitung der gefährlicheren Virusmutante einzudämmen.

Ein Fehler – auch wenn er seine guten Gründe gehabt habe - müsse benannt und korrigiert werden, sagte Merkel in der Regierungsbefragung. Die Sonntagsruhe auf den Gründonnerstag und eingeschränkt auch auf den Karsamstag auszudehnen, sei in der Kürze

auch anderer Fraktionen zollten ihr dafür auch verbal Respekt. Der CDU-Abgeordnete Marian Wendt erklärte, die ganze Ministerpräsidentenkonferenz trage die Verantwortung mit.

„Wir werden das Virus gemeinsam besiegen“, betonte die Kanzlerin und zählte die von der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbarten Schutzmaßnahmen auf, die weiterhin gelten – darunter die sogenannte Notbremse. Sie be-

Bis zum Beginn von Corona ging es uns gut

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts veröffentlicht. Der Bericht zeigt auf, dass wir 2019, vor dem Beginn der Coronakrise, wir den niedrigsten Wert der Mindestsicherungsquote seit Beginn der Berechnungen hatten. Auch andere wichtige Parameter für die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland zeigen, dass wir mit unserer Politik in der Zeit vor Corona auf einem sehr guten Weg waren. Qualifizierung und Bildung bleiben weiterhin der wichtigste Schlüssel, um die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

Wir haben für gute ökonomische Rahmenbedingungen gesorgt, die entscheidende Voraussetzung dafür sind, dass sich der weit überwiegende Teil der Bevölkerung in einer guten Lebenssituation befindet. Gute ökonomische Rahmendaten ermöglichen ein Wachstum an guten

Arbeitsplätzen und sichern so unser Wohlstandsversprechen und gesellschaftliche Teilhabe. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den vergangenen Jahren spürbare Reallohnsteigerungen erfahren. Erfreulich ist, dass für viele Menschen Zeiten niedriger Einkommen meist nur eine Übergangsphase darstellen. So verlassen nach einem Jahr etwa ein Drittel den Niedriglohnsektor. Nach drei Jahren erreichen sogar fast die Hälfte der Personen ein über der Schwelle liegendes Einkommen.

Die Quote der materiellen Deprivation sinkt seit 2013 kontinuierlich. Auch der Bezug von Mindestsicherungsleistungen hatte bis zum Jahresende 2019 weiter abgenommen. Erfreulicherweise sank die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 4,6 Mi-

o. Personen Ende des Jahres 2010 auf 3,7 Mio. Ende 2019. Das sind knapp 1 Mio. Menschen weniger. Insgesamt bezogen 2019 rund 8,3 Prozent der Bevölkerung Leistungen der Mindestsicherungssysteme. Das ist der niedrigste Wert der Mindestsicherungsquote seit Beginn der Berechnungen.



Wir haben durch eine wesentlich verbesserte Datenlage festgestellt, dass die Vermögensungleichheit rückläufig ist.

Das alles sind gute Ergebnisse und die Folge vorausschauender, verantwortungsvoller Politik. Wir werden jetzt unsere Bemühungen mit Blick

auf die anhaltende schwierige Situation der Corona-Krise darauf richten, soziale Verwerfungen zu verhindern und sinnvolle Anpassungen weiter voranzutreiben, um die erreichten Erfolge nicht zu gefährden.

Pandemie weiter bekämpfen

Wir sind in Deutschland in einem schwierigen Spagat. Auf der einen Seite sehen wir große Erschöpfung in den Familien, in den Schulen, in den Unternehmen, den Geschäften und bei Selbständigen. Die angespannte Lage zeigt sich deutlich bei unzähligen Gesprächen in unseren Wahlkreisen. Andererseits sehen wir wieder steigende Infektionszahlen und wachsende Belastungen des medizinischen Personals und der Krankenhäuser.

Auch wenn der Wunsch, wieder zur Normalität zurückzukehren, zutiefst verständlich ist, können wir noch keine Entwarnung geben. Lockerungen zum falschen Zeitpunkt würden die Pandemie leider immer nur noch weiter verlängern. Das ist unpopulär, entspricht aber auch den Einschätzungen der Wissenschaftler.

Für ein erfolgreiches Krisenmanagement braucht es zweierlei: Klare, nachvollziehbare und vor-

allem einheitliche Regeln, die sich im Alltag bewähren. Und es braucht eine ständig verbesserte Test- und Impfstrategie.



Hier wollen wir als Fraktion weiter unseren Beitrag leisten, den Exekutiven in Bund und Ländern Hinweise zu geben, die wir aus den

Wahlkreisen mitnehmen. Es gilt jetzt, für ein paar Wochen noch einmal eng zusammenzustehen. Denn in diesen Tagen entscheidet sich, wie wir den Sommer verbringen können.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

In erster Lesung haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter ausschöpfen wollen.

Damit dies gelingt, müssen die umfangreichen bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklun-



gen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden. Der Entwurf schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte sollen stärker genutzt werden.

Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Video- und Messagingdienstes. Videosprechstunden sollen für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich, weitere Leistungserbringer an die Telemedizininfrastruktur angeschlossen werden.

Meilenstein für mehr Transparenz

Am heutigen Donnerstag haben wir die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters beschlossen, das beim Deutschen Bundestag elektronisch geführt werden soll. Mit dem verpflichtenden Lobbyregister schaffen wir eine gute Grundlage, um die Arbeit von Interessenvertretern transparent zu regeln. Für Lobbyisten gilt künftig eine Eintragungspflicht, bevor sie an Abgeordnete, an Fraktionen sowie deren Mitarbeiter herantreten. Das gleiche gilt

auch bei Interessenvertretungen gegenüber der Bundesregierung – und zwar für Gespräche mit Ministerialen ab der Ebene des Unterabteilungsleiters.

Das Register enthält unter anderem Angaben zum Interessenvertreter, zum Interessen- und Vorhabenbereich, zur Identität der Auftraggeber und zu den finanziellen Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung. Gesetzlich geregelt sind auch Ausnahmen für verschiedene Akteure, die beispielsweise für Kirchen, Gewerkschaften

und politische Stiftungen gelten.

Das Gesetz geht auf eine Initiative der CDU/CSU-Fraktion im Jahr 2019 zurück. Für uns steht fest: Das geplante Lobbyregister ist gut und ausgewogen. Er bietet das notwendige Mehr an Transparenz, ohne die Arbeit des Bundestags, der Fraktionen oder der Bundesregierung mit unnötiger Bürokratie zu belasten. Das ist ein guter Tag für den Deutschen Bundestag und ein Erfolg für die Koalition.

Sanierungsstau bei Sportstätten beenden

In einer Anhörung hat sich der Sportausschuss mit der Förderung von Sportstätten der Kommunen befasst. Der Bau, der Erhalt und die Sanierung von Sportstätten des Breitensports fallen zwar in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer und Kommunen. Trotzdem wollen wir finanziell weiterhin dem Sanierungsstau bei kommunalen Sportstätten begegnen.

Über Jahrzehnte wurde von Seiten der zuständigen Bundesländer und Kommunen deutlich zu wenig in die Sportstätteninfrastruktur

investiert. Das hat vielerorts zu maroden Turnhallen, nicht mehr zeitgemäßen Sportanlagen oder gar zu vollständigen Schließungen von Schwimmbädern geführt. Länder und Kommunen müssen ihre Anstrengungen erhöhen. Hierzu gehören neben eigenen Förderprogrammen vor allem eine solide Finanzierung der Betriebskosten sowie der fortlaufenden Modernisierungsmaßnahmen. Bestehende EU-Förderprogramme werden von vielen Ländern und Kommunen bislang deutlich zu wenig genutzt.



Der Bewegungsmangel bei Kindern, Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen hat sich wegen der Corona-Pandemie

und dem stark eingeschränkten Sportangebot in Schulen und Vereinen nochmals verstärkt.

Wenn Hygienemaßnahmen und ein effektives

Testregime greifen sowie deutliche Impffortschritte erzielt werden, müssen Sport und Bewegung schnell wieder möglich sein. Deshalb unterstützt die Unionsfraktion das starke Engagement des Bundes für kommunale Sportstätten.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Wir wollen damit den Menschen eine Perspektive bieten, um gerade im Frühling wieder etwas mehr Lebensqualität genießen zu können. Es muss uns nach einem Jahr Corona-Pandemie mehr einfallen als nur zu schließen und zu beschränken»

(Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans zum geplanten Ausstieg aus dem Lockdown nach Ostern)

EU-Aktionsplan für Ökolandbau vorgestellt

In dieser Woche stellte die EU-Kommission ihren Öko-Aktionsplan für 2021 bis 2027 vor. Der Öko-Aktionsplan der EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigeren Lebensmittelherzeugung. Sein Ziel ist es, das Vertrauen der Verbraucher in biologisch produzierte Lebensmittel zu stärken und so Landwirtschaft, Umweltschutz und Lebensmittelversorgungssicherheit langfristig besser miteinander zu vereinen.

Zu diesem Zweck umfasst er eine Vielzahl sinnvoller Maßnahmen zur Förderung der Öko-Landwirtschaft: Der angekündigte Aufbau einer Datenbank der Öko-Herstellerzertifikate kann ein wichtiger Bestandteil einer Standardisierung im Öko-Bereich sein – die EU muss Vorreiter in der biologischen Landwirtschaft bleiben. Die vorgesehenen Investitionen in die Öko-Landwirtschaft schaffen Sicherheit für Landwirtinnen und Landwirte, die auf biologische Erzeugung umsteigen wollen.

Die vorgesehenen Maßnahmen müssen auch dazu beitragen, die Erträge in der

Öko-Landwirtschaft zu steigern – nicht zuletzt, um die Lebensmittelpreise auf einem sozial verträglichen Niveau zu



halten. Die Maßnahmen müssen für die konventionell wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirte ein in der Praxis attraktives Angebot sein. Starre Prozentvorgaben für den Anteil des Ökosektors an der Landwirtschaft helfen bei den anstehenden Herausforderungen nicht.

Der ökologische Landbau leistet einen wertvollen Beitrag für die Umwelt. Das betrifft vor allem die Bodenfruchtbarkeit, den Grundwasser- und Gewässerschutz sowie die Biodiversität. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr regio-



nale Bioprodukte – das hat die Corona-Pandemie klar gezeigt. Wir müssen also die Bio-Produktion stärken. Und zwar von Beginn an. Im Mittelpunkt der Absatzförderung müssen

Öko-Rohstoffe aus heimischer Erzeugung stehen.

Die EU-Förderinstrumentarien können dabei helfen. Allerdings können diese den Markt nicht ersetzen. Öko-Produkte haben und brauchen ihren Preis. Dafür muss die Kundennachfrage steigen. Damit Öko-Produkte nicht im Regal liegen bleiben. Zur Wahrheit gehört: Wir brauchen auch unsere konventionelle Landwirtschaft. Auch dort wird nachhaltig gewirtschaftet. Vor allem der Flächen-Verbrauch fällt sehr viel geringer aus. Nur mit Öko können wir die Lebensmittel-Sicherheit nicht gewährleisten. Denn hier sind die Erträge bislang deutlich geringer als in der konventionellen Landwirtschaft. Schon heute muss Deutschland einen großen Anteil seiner Lebensmittel importieren.

Die Mischung macht es also. Dafür setzen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein – ohne ideologische Schere im Kopf. Es ist nicht Aufgabe des Staates, ‚öko‘ oder ‚konventionell‘ zu verordnen. Es ist Aufgabe des Staates, beides zu ermöglichen. Für eine nachhaltige Steigerung der Öko-Produktion sind praktikable Rahmenbedingungen erforderlich. Die Entscheidung für die eine oder andere Bewirtschaftungsform muss aber am Ende allein bei den Betrieben liegen.